

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringselgen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 121.

Dresden, Montag den 31. Mai 1915.

26. Jahrg.

## Beratungen im Reichstage. — Ein französischer Angriff auf Arras abgeschlagen. Die Bahn Przemyśl-Lemberg unter Feuer. — Die versteckte Dardanellenflotte.

### Eine Debatte über das Kriegsziel.

In ausführlichen und gründlichen Beratungen vor und nach Pfingsten hat sich der Haushaltsausschuß des Reichstags mit wichtigen Fragen der verschiedensten Art beschäftigt. Das Ergebnis dieser Beratungen ist in der umfassenden Reichstagsabstimmung vom letzten Sonnabend zum Ausdruck gelangt. Es liegt in den jetzigen Verhältnissen begründet, daß nicht alles, was in dem Haushaltsausschuß an Wünschen und Beschwerden von den Reichstagsabgeordneten vorgebracht wird, auch zur Erörterung in der öffentlichen Volksversammlung des Reichstags gelangen kann. Denn die Mißgunst des feindlichen Auslandes lauert darauf, jedes Wort der Kritik zu übertreiben und auszunutzen. Die weitesten Kreise des deutschen Volkes können aber überzeugt sein, daß insbesondere auch die sozialdemokratischen Vertreter alles in dieser Zeit Menschennögliche getan haben, um soziale Uebelstände, die im Gefolge des Krieges sich gezeigt haben, zur Sprache zu bringen und auf Abhilfe zu dringen.

Von besonderer Bedeutung waren die Erörterungen im Haushaltsausschuß und im Reichstag selbst über die Verbesserung der Kriegsinvaliden- und Kriegshinterbliebenenversorgung sowie über die Forderung der Lebensmittel. In beiderlei Hinsicht ist das nicht erreicht worden, was von unserer Seite als erforderlich bezeichnet wurde, um Nötlige, die der Krieg hervorbringt, zu befriedigen. Immerhin aber sind seitens der Reichsregierung verschiedene Zugaben gemacht worden, die eine Verbesserung für die Zukunft erhoffen lassen. Die Erörterung über die in nicht geringer Zahl an die Abgeordneten gelangten Beschwerden, die sich auf militärische Verhältnisse beziehen, ist in Uebereinstimmung sämtlicher Fraktionen auf den Haushaltsausschuß beschränkt worden. Dort aber ist alles, was nötig war, mit gebührender Deutlichkeit und Schärfe gesagt worden. Es ist mit größtem Nachdruck erklärt worden, daß jedwede Ausnutzung der Nachstellung des Vorgesetzten zu vorwärtsdringender Behandlung des Soldaten, der seine Gesundheit und sein Leben einsetzt, nicht nur ein Verbrechen gegen den einzelnen Mann, sondern ein Verbrechen am Vaterlande bedeutet, in dem Groll und Verbitterung gesät werden in einer schweren Zeit, die nur glücklich überstanden werden kann durch die gemeinsame opferungsvolle Hingabe des ganzen Volkes in Waffen. Die Kriegsverwaltung hat ihre ernste Bereitwilligkeit bekundet, Maßnahmen für den Schutz unserer Leute im Felde wie in den Garnisonen gegen unberücksichtigte Zumutungen zu treffen.

Zumitten der Beratungen über die sozialen Fragen kam es zu einer hochpolitischen Auseinandersetzung über die Friedenswünsche und das Kriegsziel des deutschen Volkes.

Die sozialdemokratische Fraktion hätte es für richtig erachtet, schon in Anknüpfung an die Rede des Reichskanzlers am Freitag ihre Auffassung über das Kriegsziel neuerdings darzulegen. Da sich diese Absicht durch die sofortige Vertagung nach der Rede des Reichskanzlers nicht durchführen ließ, so gaben am Sonnabend einige Petitionen, die Vorschläge für Friedensverhandlungen enthielten, Gelegenheit zu der Aussprache.

Genosse Ebert nahm das Wort zu knappen, aber alles, worauf es ankommt, klar herausarbeitenden Ausführungen. Er bekräftigte zunächst in ernstem und aus heilem Empfinden kommenden Worten das rückhaltlose Festhalten unserer Partei an der Politik vom 4. August. Wenn jetzt Italien, nicht durch irgend eine Gefährdung herausgefordert, sondern aus tribular Eroberungslust in den Krieg eingreift, so ist auf tiefe zu bedauern, daß neue Hunderttausende auf die blutigen Schlachtfelder geworfen werden. Aber das deutsche Volk wird einmütig gegen die gesteigerte Gefahr seine ganze Kraft einlegen, und wir Sozialdemokraten stehen unerschütterlich zu unserem Volke. Auf Grund dieser Feststellung des entschlossenen Willens zum Aushalten ging der Redner andererseits zur Frage der Friedensberührung über. Er betonte mit tiefer Nachdrücklichkeit die Friedenssehnsucht, die bei allen im Kriege befindlichen Völkern herrscht. Er sprach mit Entschiedenheit gegen jeden Eroberungskrieg und forderte in Uebereinstimmung mit großen Schichten aller Völker einen Frieden ohne Verwältigung eines anderen Volkes, einen Frieden, der ein aufünftiges Zusammenarbeiten der Kulturvölker ermöglicht. Schließlich forderte Ebert erneut die politische Gleichberechtigung für das deutsche Volk.

Die ersten Ausführungen Eberts wurden von allen Seiten des Reichstags mit starkem Beifall aufgenommen. Die gegen Eroberungsabsichten gerichteten Worte wurden durch lebhaften Zustimmung aus den sozialdemokratischen Reihen unterstützt, während die übrigen Parteien sich zurückhielten. Sogleich nahm Graf Westarp das Wort, um seine entgegen-

(W. L. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 31. Mai. (Eingegangen nachm. 2,30 Uhr.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Gestern versuchten die Franzosen sowohl nördlich Arras wie im Priesterwalde mit starken Kräften unsere Front zu durchbrechen. Bei Arras hatten sich die Gegner auf der Front Neuville-Moclincourt in den letzten Tagen durch Sappen herangearbeitet. Der Angriff auf dieser Linie war daher, nachdem alle Versuche, uns weiter nördlich aus unseren Stellungen zu drängen, mißlungen waren, erwartet. Er erfolgte gestern nachmittags nach stundenlangem Artillerie-Vorbereitung und führte durch die Tapferkeit rheinischer und bayrischer Regimenter zu einer gänzlichen Niederlage des Gegners. Seine Verluste sind außergewöhnlich hoch.

Im Priesterwalde gelang es den Franzosen nur, in einige vorgehobene schwach besetzte Gräben einzudringen. Im übrigen ist auch dort der feindliche Angriff gescheitert.

Der Eisenbahnviadukt von Dammertich ist gestern von unserer Artillerie mit einigen Schüssen wieder zerstört worden, nachdem es den Franzosen nach monatelanger Arbeit vor einigen Tagen gelungen war, ihn gebrauchsfertig zu machen.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz:

In den Kämpfen bei Przemyśl schoben sich die Deutschen gestern näher an die nördliche und nordwestliche Front heran.

Oberste Seeresleitung.

der konservative Fraktionsführer sprach, war geeignet, die Situation zuzuspitzen. Sie war so scharf, daß es den Anschein gewinnen konnte, als sei es auf der konservativen Seite willkommen, eine Gelegenheit zu einer Kampfesangelegenheit gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Weit verächtlicher sprach danach für die Nationalliberalen Abgeordneter Schiffer. Während Graf Westarp gegen die ganze Rede Eberts als „alles andere aber als nützlich“ losging, stellte Schiffer seine Freude voran über Eberts Betonung der Einigkeit des ganzen deutschen Volkes in dieser Zeit der großen Gefahr. Nach dieser Anerkennung aber betonte auch Herr Schiffer, in der Frage des Kriegszieles bestehe eine tiefe Kluft gegenüber der Sozialdemokratie. Zwar, so sagte er, führe Deutschland seinen Eroberungskrieg, aber die schweren Opfer, die wir gebracht haben, verlangen ein Entgelt. Die im Kriege gefallen sind, sollen nicht umsonst gestorben sein, es müsse den kommenden Geschlechtern ein fester Wall gegen feindliche Ueberfälle gegeben werden, es müsse die militärische Situation bis zum Letzten ausgeglichen werden, es müsse um der zukünftigen Sicherheit des Friedens willen auch eine Erweiterung der Grenzen verlangt werden, wenn militärische Gründe es gebieten erscheinen lassen.

Scheidemann erwiderte dem konservativen und dem nationalliberalen Redner. Er stellte insbesondere klar, daß die Sozialdemokratie gegen Eroberungspolitik eintritt, weil eine solche Politik nicht geeignet ist, die Sicherheit Deutschlands für die Zukunft zu erhöhen, weil sie vielmehr die nationalen Gegensätze verschärft und damit neue Kriegsgefahren heraufbeschwört.

Die schwerwiegenden Fragen, die in dieser Reichstagsabstimmung gestreift wurden, lassen sich jetzt in der Presse nicht gründlich weiterverfolgen. Die Reichsregierung hat die Forderung aufgestellt, daß die Erörterungen über das Kriegsziel vorläufig noch nicht stattfinden dürfen. Die Vorgänge im Reichstage aber zeigen, wie sehr diese Probleme das ganze deutsche Volk beschäftigen und erregen. Die kurze Reichstagsdebatte hat diese Probleme nur eben angerührt. Sie hat gezeigt, daß starke Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, aber zur Klärung konnte sie nicht führen. Nicht einmal so weit konnte sie fruchtbar sein, daß sie gezeigt hätte, was denn eigentlich die Konservativen und nationalliberalen Redner meinen und wollen. Die Worte, die diese Redner gewählt haben, um ihre Kriegsziele im Gegensatz zur Sozialdemokratie zu bezeichnen, sind so wenig bestimmt und greifbar, daß es kaum möglich ist, mit Sicherheit festzustellen, was sie eigentlich bedeuten sollen. Die Worte des Grafen Westarp und des Herrn Schiffer können auf Grenzverbesserungen niederen Grades deuten, sie können aber auch auf Erwerbung ganzer Provinzen und Länder abzielen. Vielleicht sind diese Worte absichtlich so unbestimmt und deutungsunfähig gewählt, weil die Redner ihr Kriegsziel jetzt überhaupt noch nicht bestimmen wollen, sondern seine Feststellung gänzlich von der weiteren Gestaltung der Kriegslage abhängig zu machen gedenken.

Es ist uns eine Gewissenspflicht, auszusprechen, daß nach untrügender Ueberzeugung die Kriegszielpolitik, wie sie die Parteien

des Grafen Westarp und des Abgeordneten Schiffer betreiben, eine große Gefahr in sich birgt. In den mit uns Krieg führenden Ländern werden die Erklärungen des Grafen Westarp und des Herrn Schiffer ohne Zweifel als Ankündigung sehr weitgehender Kriegsziele aufgefaßt werden. Die Folge wird sein, daß der Wille der Gegner, den Krieg mit der äußersten Anspannung der Kräfte fortzuführen, erst recht angestachelt wird und daß die zur Friedensherbeiführung geeigneten Volksteile der gegnerischen Länder in ihren Bemühungen geschwächt werden könnten. Es erwächst aus solchen Reden die Befürchtung, daß eine Verlängerung des Krieges eintritt, ohne daß der Vorteil, auf den es den Rednern ankommt, erreicht wird.

Jene Reden erscheinen uns um so befremdlicher, weil sie in der jetzigen Kriegslage und in den Kriegsaussichten wahrlich keine hinreichende Begründung haben. Die militärische Lage Deutschlands darf gewiß als eine günstige bezeichnet werden, sogar als eine ungemein günstige im Verhältnis zu der ungeheuren Uebermacht der gegnerischen Koalition. Auch der Eintritt Italiens in den Krieg braucht uns nicht zu schrecken. Es wäre aber doch eine verberbliche Verblendung, wenn sich irgendwer darüber täuschen würde, daß auch die Gegner noch weiterer riesiger Anstrengungen fähig sind und daß sie um so mehr Kräfte aufbieten werden, je mehr sie in den Glauben versetzt werden, Deutschland beabsichtige nur unter überaus erschwerten Bedingungen Frieden mit ihnen zu schließen. Wenn irgend etwas dazu beigetragen hat, das deutsche Volk bis aufs Äußerste in der Kriegsentlohnung zu festigen, so waren es die großen Ankündigungen der Staatsmänner in Petersburg, Paris, London und neuerdings in Rom über die Niederwerfung Deutschlands und die Pläne auf deutschen Boden. Muß man darum aber bei uns in den gleichen verhängnisvollen Fehler verfallen?

Bemerkenswert ist, daß die Regierung sich an der Erörterung im Reichstage nicht beteiligt hat. Gewiß wäre es uns weit lieber, wenn der Reichskanzler vor der ganzen Welt ein freimütiges Wort gesprochen hätte, das vielleicht ein ordentliches Wort hätte werden können. Immerhin ist es erfreulich, daß er sich mindestens auch von den „Gebiets-erweiterungs“-politikern fernhält. Graf Westarp hat geglaubt, das Wort des Reichskanzlers, daß „eventuelle Garantien gewonnen werden sollen“, im Sinne seiner eigenen Politik aufzufassen zu dürfen. Scheidemann hat jedoch schon mit Recht bemerkt, daß Westarp sich nicht auf den Reichskanzler berufen könne. In der Tat hat der Reichskanzler — und, wie sich versteht, in Uebereinstimmung mit dem Kaiser selbst — niemals auch nur ein solches Eroberungswort gesprochen, wie die Herren Westarp und Schiffer am letzten Sonnabend deren eine ganze Reihe sprachen. Wir dürfen uns daher der Erwartung nicht entschlagen, daß die Reichsleitung, in vollem Gefühl der fürchterlichen Verantwortung, die auf ihr ruht, über die Frage der Friedensabstimmung und des Kriegszieles noch erheblich andersartige Erwägungen anstellt, als es konservative und nationalliberale Politiker tun. Dabei verraten wir auch keinerlei Geheimnis, wenn wir hinzufügen,